

Axel Vogel

**Rede zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/1
"Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der
SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen
Rechts-staat im Land Brandenburg" (DRS 5/8500) in der 91.
Plenarsitzung am 02.04.2014**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

*„Fruchtbar und weit umfassend ist das Gebiet der Geschichte;
in ihrem Kreise liegt die ganze moralische Welt. Durch alle
Zustände, die der Mensch erlebte, durch alle abwechselnde
Gestalten der Meinung, durch seine Thorheit und seine
Weisheit, seine Verschlimmerung und seine Veredlung,
begleitet sie ihn, von allem was er sich nahm und gab, muß sie
Rechenschaft ablegen. Es ist keiner unter Ihnen allen, dem
Geschichte nicht etwas wichtiges zu sagen hätte; alle noch so
verschiedenen Bahnen Ihrer künftigen Bestimmung verknüpfen
sich irgendwo mit derselben ...“*

*Auszug aus: „Was heißt und zu welchem Ende studiert man
Universalgeschichte? , Friedrich Schillers Antrittsrede Uni Jena,
1789*

Anrede,

vor der heutigen Debatte gab es viel aufmunterndes Schulterklopfen in den Medien. Von allen Seiten, von Roland Jahn bis Martin Sabrow einhelliges Lob für die Enquete „Aufarbeitung“ und besonderes Lob für die vorliegenden Handlungsempfehlungen.

Das freut uns als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen natürlich, zum einen weil wir diese Kommission initiiert und zusammen mit FDP und CDU als Minderheitenrecht auf den Weg gebracht haben; an dieser Stelle noch ein Dank an Frau Wanka und Herrn Goetz, die das möglich gemacht haben. Es freut uns aber ganz besonders, weil solch umfassende Lobgesänge der Kommission nicht in die Wiege gelegt waren.

Aber auch wenn ich mir im Folgenden viele dieser positiven Bewertungen zu eigen machen werde: Entscheidend für die Beurteilung des Erfolgs dieser Enquete ist für uns die Einschätzung anderer Menschen: Nämlich derjenigen, die durch die lange Zeit des Schweigens über die Vergangenheit bisher keine Stimme bekamen oder zu verstummen drohten;

derjenigen, die unter DDR-Unrecht zu leiden hatten und sich mit ihren Anliegen im neuen Bundesland Brandenburg nicht ernst genommen fühlten; der Zeitzeugen, die in den Gedenkorten die Erinnerung an ihr Leiden wach halten wollen, der vielen Menschen, die im ländlichen Raum durch fehlerhafte LPG-Umwandlungen oder den Entzug ihrer Neusiedlerflächen Hab und Gut verloren haben – und nicht zuletzt auch der Schülerinnen und Schüler, die in Zukunft bessere Chancen haben sollen, aus der Geschichte zu lernen.

Der Erfolg der Enquete wird daran gemessen werden, wie ernst wir und unsere Nachfolger in den nächsten Landtagen die gemeinsamen Handlungsempfehlungen nehmen und diese auch umsetzen. Denn mit der Abgabe des Abschlussberichts ist nur ein weiterer Schritt auf dem nie endenden Weg der Aufarbeitung der eigenen Geschichte getan.

Auch wenn sich viele über Helmut Müller-Enbergs Begriff des „Schweigekartells“ echauffierten, oder den zu Beginn der Kommissionsarbeit geäußerten Wortbeitrag des Historikers Christian Meier zur notwendigen Überwindung des Schweigens bis zuletzt nicht teilen wollten:

Wir Grüne können heute konstatieren: Die Zeit des Schweigens ist vorbei, Aufarbeitung ist kein Unwort mehr, sondern ganz im Gegenteil: Selbst Matthias Platzeck, der 2009 eine derartige Kommission noch für überflüssig hielt, räumte bereits auf dem SPD-Parteitag 2010 in Velten ein, dass die SPD nach der Stolpe-Debatte „zur Aufarbeitung ganz generell auf Abstand gegangen“ sei, um wenig später bei einer Jubiläumsveranstaltung gar die Einsetzung der Enquetekommission als besondere Leistung in dieser Legislaturperiode zu würdigen.

Diese Enquetekommission war und ist ein Unikat. Weder im Bund noch in den Ländern gab es ein solches Gremium. Eine Enquete, die nicht primär das DDR-Unrecht aufarbeiten oder gar herausarbeiten sollte wie schlimm die Stasi war, (wie das Kommissionsmitglied Jörg Kürschner irrtümlich zur Begründung seiner Gegenstimme meinte), sondern die den Aufarbeitungsprozess nach 1990 selbst hinterfragte; eine Kommission, die fragte, wie wir nach 1989 in Brandenburg mit den Hinterlassenschaften der DDR umgegangen sind.

Die Aufarbeitung dieser Geschichte stand im Mittelpunkt, nicht die Bewältigung von DDR-Geschichte – die gibt es nicht und erst recht nicht politisch verordnet!

Anrede,

Unverkennbar ist, dass unsere Enquete Brandenburg schon jetzt zum Guten verändert hat(*und da freut es uns natürlich, dass es heute so viele Väter und Mütter dieser Veränderung gibt*).

Wir haben mittlerweile „eine andere Gesprächskultur über die DDR-Aufarbeitung“ als 2009, wie auch Peer Jürgens nach der letzten Enqueteberatung richtigerweise festgestellt hat. Was mir wichtig ist: wir haben eine Diskussion, die draußen im Land geführt wurde, in den Landtag geholt. Wir haben ein öffentliches Podium geschaffen, in dem unterschiedliche Sichtweisen zu Wort gekommen sind.

Der Landtag hat sich – endlich, möchte ich sagen – geöffnet für Themen und Menschen, die bisher kaum Zugang zur Öffentlichkeit hatten.

Die Enquete bot den Raum für die konkrete Erzählung und die Erfahrungen auch der Menschen, die in der DDR den aufrechten Gang übten, dafür abgestraft wurden und sich nach 1989 an den Rand gedrängt fühlten. Dieser Raum war nötig. Das große öffentliche und mediale Interesse an der Kommission spricht Bände, auch heute wieder (und an dieser Stelle ein ganz herzlicher Gruß an die Neusiedlererben, die heute wieder unserer Diskussion folgendie heute nicht auf der Tribüne Platz nehmen konnten und unserer Diskussion per Videoübertragung folgen).

Viele Fragen zur Transformation nach 1989 waren bisher unterbelichtet; und es gab andere, die waren überkommentiert. Der Enquetekommission gebührt das Verdienst, viele dieser Fragen zunehmend unaufgeregt und seriös erörtert zu haben, Fehlentwicklungen aufgezeigt und Lösungsansätze erarbeitet zu haben.

Brandenburg emanzipiert sich damit zugleich langsam aber sicher von dem Etikett der „kleinen DDR“. Dieses Etikett, von dem Manfred Stolpe ja gesagt haben soll, er trage es mit Stolz, ist sicherlich in mancherlei Hinsicht auch irreführend gewesen.

Vieles ist in den neuen Ländern ähnlich abgelaufen. In der Wirtschaftspolitik lagen überall Versuch und Irrtum dicht beieinander, bei uns höchstens durch die vielen gescheiterten Großprojekte ein paar Irrtümer mehr. Für jeden Wirtschaftspolitiker muss die Erkenntnis beklemmend sein, dass nach den Untersuchungen des IWH für die Enquete die wirtschaftliche Entwicklung in allen ostdeutschen Bundesländern nahezu gleich verlief, egal ob schwarz, schwarz-gelb, schwarz-rot, rot-grün, rot-rot an der Regierung war.

Aber es war schon bezeichnend, mit welchem Furor SPD und auch die LINKE immer wieder betont haben, dass sich Brandenburg in nahezu allen betrachteten Politikfeldern kaum von anderen Ostländern unterschieden hat. Als ob es schon ein eindrücklicher Beweis der positiven Wirkung ununterbrochener SPD-Regierungsbeteiligung wäre, dass Brandenburg nicht schlechter als die anderen Ostländer dasteht!

Aber unverkennbar gab es auch Brandenburger Besonderheiten, ohne dass man dies als „Brandenburger Weg“ glorifizieren oder mystifizieren müsste.

Als Beispiele werden in unserem Abschlussbericht auf der einen Seite die Konsensorientierung und das konstruktive Miteinander zu Beginn der 90er Jahre ausgeführt, andererseits Besonderheiten beim „Umgang mit dem DDR-Unrecht sowie mit Personen, die für das Ministerium für Staatssicherheit tätig waren“ konstatiert.

Was dabei sogar noch vergessen wird, ist die Rückführung des Begriffs „Brandenburger Weg“ auf den damaligen Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann, der die DDR-Agrarstrukturen konservieren wollte und der später von MP Stolpe als „Neuer Brandenburger Weg“ auch auf andere Politikbereiche übertragen wurde.

Dieser „Brandenburger Weg“, so kann es jeder im Abschlussbericht nachlesen, ist verschieden besetzt. Er entzieht sich jeder einseitigen politischen Inbesitznahme.

Der Brandenburger Weg im Sinne einer allzu nachlässigen Aufarbeitung unserer Geschichte ist heute Vergangenheit, das gilt für die lange Jahre fehlende Aufarbeitungsbeauftragte genauso wie für die ausgebliebene Abgeordnetenüberprüfung.

Das gilt für den mangelnden Respekt gegenüber den Opfern der Diktatur genauso wie die unterlassene gesellschaftliche Diskussion über Verantwortungsübernahme für Unrecht. Das gilt bald auch für die manchmal tatsächlich anarchische Überprüfungspraxis im Öffentlichen Dienst.

Wer heute noch auf den Beschluss von 1994 („Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“) verweist, den angeblich alle Fraktionen mitgetragen hätten und der die Nachlässigkeiten bis 2009 legitimiere, dem sei gesagt: 1. Der Beschluss ist nicht von allen Fraktionen mitgetragen worden, aus guten Gründen. 2. Beim vorgeblichen „menschlichen Maß“ war im Verlauf der Jahre jedes Maß verloren gegangen. Der Spitzenplatz, den der Brandenburger Landtag 2009 bei MfS-Belastungen eingenommen hatte, ist nur ein Beleg dafür. Die lange Zeit fast wöchentliche Aufdeckung von ranghohen hauptamtlichen oder inoffiziellen Stasimitarbeitern im Öffentlichen Dienst ein anderer.

Es war gut, dass Minister Woidke damals in seiner Funktion als Innenminister mit einer konsequenten Linie das nachgeholt hat, was einst versäumt wurde.

Die intensiven Diskussionen in der Enquete über den Umgang mit Stasi-Belastungen waren nötig, um einen freieren Blick auf Wesentlicheres zu erlangen. Erst so war es möglich, dass die EK in ihren Handlungsempfehlungen heute empfiehlt (Zitat): „(...), die oft auf die hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit für die Staatssicherheit verkürzte Debatte über die politische Verantwortung in der SED-Diktatur auszuweiten. Stärker als bisher sollte das Gefüge von SED, Blockparteien und vormilitärischen Organisationen in den Blick genommen werden.“

Nicht alle Täter haben für das MfS gearbeitet und nicht jede Zusammenarbeit mit dem MfS wog gleich schwer. Jeder hat nach unserer Überzeugung eine zweite Chance verdient. Aber, und das ist auch eine Lehre aus der Enquete, die große Mehrheit der Brandenburgerinnen sieht frühere Stasi-Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst (67% Ablehnung) und in der Politik (72% Ablehnung) sehr kritisch. Wie also eine zweite Chance konkret aussieht, darüber gehen die Meinungen durchaus auseinander.

Eine demokratische Gesellschaft muss das aushalten; ja sie muss sogar versuchen alle mitzunehmen, sogar ihre früheren Verächter. Wie sie das macht, darüber haben wir uns in der Enquete auseinandergesetzt.

Und was die Sache mit dem Konsens der Gründungsjahre betrifft: „Konsens herzustellen ist das Geheimnis der Politik“, sagte unser Landtagspräsident bei der Übergabe des Abschlussberichts der Kommission. Hier gab es sicherlich schon zutreffendere Beschreibungen. Für die Enquete wäre aus meiner Sicht ohnehin „das Bohren dicker Bretter“ die angemessenere Charakterisierung gewesen.

Es ist ja nichts Verwerfliches am Konsens (und es ist gut, dass wir unseren Bericht einvernehmlich beschlossen haben), doch das Wesen von Politik ist der Austausch und die Kraft des Arguments. Unser Abschlusspapier ist keine Konsenssauce, es ist ein Kompromiss: der gemeinsame Nenner, bei dem sich alle wiederfinden. Er enthält die Maßnahmen, von denen wir gemeinsam überzeugt sind, dass sie jetzt angegangen werden müssen.

Der „Konsens als das Geheimnis der Politik“ ist in der parlamentarischen Demokratie eher die Ausnahme; als erzwungene Regel kennzeichnet er die Duma oder andere autokratische Systeme!

Anrede,

die über alle Parteigrenzen hinweg anerkannte Vertreterin der Bundesstiftung „Aufarbeitung“ sprach neulich davon, dass die Enquetekommission in ihrem Abschlussbericht „wichtige Themen benannt und Vorschläge entwickelt“ hat, dass aber auch deutlich werde, „dass 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch erhebliche Defizite bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur bestehen“. Der Direktor des ZZF, Martin Sabrow sagte, die Kommission hat „Maßstäbe“ gesetzt und ist ein „Gewinn“ für die politische Kultur Brandenburgs. Der ehemalige SPD-Staatssekretär Stefan Hilsberg hält die Ergebnisse der Enquete für „beachtenswert“ und Marianne Birthler wiederum stellte fest, dass mit der Kommission „sehr viele Schritte in die richtige Richtung getan“ wurden.

Die von Marianne Birthler getroffene Einschätzung, dass die Kommission „sehr viele Schritte in die richtige Richtung“ gemacht hat, ist aus unsere Sicht zutreffend. Auf nunmehr 14 Seiten werden in den Handlungsempfehlungen der Kommission viele dieser Schritte aufgelistet. Lassen Sie mich auf einige wenige Punkte eingehen.

Ich habe oben schon Bezug genommen auf eine Forsa-Umfrage, die unsere Kommission in Auftrag gegeben hatte, und die zu überraschenden Ergebnissen kam. Manchmal auch zu erschreckenden, betrachtet man die besorgniserregend niedrigen Vertrauenswerte in Parteien, Exekutive, Gerichte oder in die Kirchen – Werte, die in Brandenburg noch deutlich unter den ohnehin schon niedrigen ostdeutschen Vergleichszahlen liegen. Hier ist nicht nur Ursachenanalyse gefragt, hier sind wir alle gefordert.

Mit einem regelmäßigen Brandenburg-Monitor und wissenschaftlicher Unterstützung soll künftig auch die Arbeit in unserem Hause begleitet werden. Weitere Maßnahmen zum Beispiel zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements werden in unseren Handlungsempfehlungen angesprochen.

Es ist heute schon Einiges gesagt worden zum Umgang mit den sogenannten „Opfern“. Denjenigen also, die dieses Wort gar nicht so gerne hören; denjenigen, deren Leben so ganz anders hätte verlaufen können, wäre da nicht das falsche Wort zur falschen Zeit gesagt worden, wäre da nicht die Weigerung zum Militärdienst gewesen oder die Tante aus dem Westen, die die falschen Bücher mitbrachte.

Die Benachteiligten und Verfolgten in der SED-Diktatur, oft sogar diejenigen, die die Friedliche Revolution mit ins Rollen brachten, waren in Brandenburg viel zu lange viel zu oft allein auf weiter Flur. Mit der Einsetzung der Landesbeauftragten haben wir bereits manches, was noch zu korrigieren war, zurechtgerückt. Mit den nun vorgeschlagenen Maßnahmen für einen Härtefallfonds, für Verbesserungen bei der Rehabilitierung, für mehr Mitsprache von Betroffenen und Initiativen können wir nun einen großen Schritt weitergehen.

Zum Stichwort „Erinnerungskultur“, einer Kultur, der wir bei uns – soweit Politik das kann – zu besseren Rahmenbedingungen verhelfen wollen. Im Bereich der Forschung sollen dazu einige Projekte angestoßen werden, Stichwort Forschungsstipendien und Stiftungsprofessur.

Wir wollen aber vor allem auch authentischen Gedenkorten zu mehr Anziehungskraft verhelfen. Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben wir mehrere Gedenkort in den Handlungsempfehlungen verankern können und Verbesserungen angemahnt, ich nenne nur als Beispiel das ehemalige Militärgefängnis Schwedt. Dort kommen die Dinge gerade in Bewegung. Schwedt war jedem Wehrpflichtigen in der DDR ein Begriff als Ort der Disziplinierung und der Umerziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“, als Ort des Brechens von widerständigem oder auch nur kritischem Verhalten.

Wo sonst ließe sich besser an die Militarisierung und an den autoritären Drill erinnern, der die DDR – und nicht nur die Volksarmee – geprägt hat? In welchem Land ließe sich besser mit der NVA auseinandersetzen als bei uns, hier, wo sich die meisten militärischen Einrichtungen befanden? Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir Betroffenen einen Ort des Austauschs geben und aus ihren Erfahrungen für heute lernen? Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir hier vorankommen und die Initiativen vor Ort unterstützen!

Ich könnte weit mehr Orte nennen, auch solche, die sich erst auf den zweiten Blick erschließen. Die Stasi-Hochschule in Golm zum Beispiel. Wir haben diese Einrichtung, die wie kaum eine zweite den intellektuellen und moralischen Bankrott der Diktatur verkörpert, mit erwähnt. Die dort geschulten Doktoren der Tschekistik haben auf wenigen Seiten promoviert und dürfen noch heute mit ihrem Titel hausieren gehen. In den Handlungsempfehlungen empfehlen wir, Land, Stadt und Uni Potsdam – die heute die Liegenschaften nutzen – sich verstärkt mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen.

Denn darum geht es doch auch: jungen Leuten, ob Schülern oder Studierenden, einen Zugang zu dem Thema zu ermöglichen. In den Schulen endlich qualifizierten Unterricht zu ermöglichen, mit Zeitzeugen, mit Lehrern, die eben nicht fachfremd eingesetzt werden. Hier haben wir noch einen weiten Weg zu gehen.

Letzter Punkt, einer, der mir ganz besonders wichtig ist: Landwirtschaft. Kein anderes Themenfeld hat derart viel Beachtung in der Enquete erfahren.

Ich denke: aus gutem Grund! Denn hier zeigt sich wie unter einem Brennglas, wie nach 1989 aus Unwissen, aber manchmal auch mit Kalkül Fehlentscheidungen getroffen wurden, die bis heute nachwirken. Ich nenne die missglückten LPG-Umwandlungen, bei denen Bauern um ihre Genossenschaftsanteile geprellt wurden, und die wir auf den Prüfstand stellen wollen – auch in anderen Ländern gibt es mittlerweile ähnliche Initiativen. Ich nenne die vom Land enteigneten „Neusiedlererben“, die wir – wo es möglich ist - wieder in ihre Eigentümerrechte setzen wollen. Der Brandenburger Weg eines Ministers Zimmermann, die Privilegierung einer großräumigen und großbetrieblichen Landwirtschaft, ist Geschichte.

Die Kommission empfiehlt eine Agrarförderpolitik, die Wertschöpfung in der Region lässt und nicht bei den Großinvestoren, die immer noch reihenweise ehemalige LPG-Betriebe aufkaufen. Wir dürfen unsere Augen vor diesen Entwicklungen nicht länger verschließen!

Noch handelt es sich um Empfehlungen, die die Kommission ausspricht. Noch wird ein langer Atem notwendig sein, um sie mit Leben zu erfüllen. Manche Empfehlungen sind lückenhaft, manches konnte nicht vertieft untersucht werden. Manches lässt sich nicht aufarbeiten, zumindest nicht durch ein Landtagsgremium. Helmut Müller-Enbergs hat in seinem Sondervotum einige Fehlstellen in dem Abschlussbericht klar benannt.

Trotzdem können wir heute sagen: das Brandenburg von 2014 ist ein anderes als das Brandenburg von 2009. Nicht nur, weil wir endlich ein offeneres Diskussionsklima haben. Das habe ich schon gesagt. Es sind auch die kleinen Dinge und Prozesse, die durch die Enquete angestoßen wurden. Der Landessportbund hat erklärt, sich mit seiner eigenen Geschichte zu befassen und sich stärker den Opfern des DDR-Zwangsdopings zu öffnen. Hier ist noch manches zu tun, aber der Gesprächsfaden ist aufgenommen. Mehrere Brandenburger Zeitungen haben sich erstmals auch öffentlich mit ihrer eigenen Geschichte auseinandergesetzt. Andere folgen, wie es der Nordkurier beispielhaft vorgemacht hat.

Das Stasi-Unterlagengesetz ist nachgebessert worden, auch mit Unterstützung von Dietmar Woidke. Manch ein von der Enquete untersuchtes Heimatmuseum hat die Evaluation als Grundlage für Verbesserungen genutzt. Die Rehabilitierungsbehörde wurde personell aufgestockt. Matthias Platzeck versprach in seiner vielbeachteten Rede zum 50. Jahrestag des Mauerbaus eine bessere Ausstattung der Gedenkstätten; zumindest in der Gedenkstätte Lindenstraße dürfte auch bald etwas passieren.

Brandenburg schließt in kleinen Schritten auf zu anderen ostdeutschen Ländern, in denen das Thema schon länger Ernst genommen wird.

Anrede,

vier Jahre lang hat die Enquetekommission Zeitzeugen, Sachverständige und Wissenschaftler gehört und befragt. Vier Jahre lang war das auch eine Schule der Demokratie, mit Meinungsverschiedenheiten, mit Streit, mit der Suche nach Antworten und Lösungen. Wir haben gelernt, dass es häufig nicht nur um Meinungen geht, sondern um Tatsachen. Die Zeit des Schwänzens ist vorbei. Im Abschlussbericht sind unsere Hausaufgaben aufgelistet.

Mit dem Entschließungsantrag heute können wir ein klares Zeichen setzen: Wir haben verstanden. Wir können vergangenes Unrecht selten wieder gut machen aber wir wollen heute das tun, was in unserer Macht steht, um dieses Unrecht zu lindern.

Vielen Dank!